

*L. Schanzel*  
TWA REF

13. April 1989  
Für den Bundesminister  
für Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
B o b e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

die Richtigkeit  
Ausfertigung:



**REPUBLIK ÖSTERREICH  
BUNDESKANZLERAMT**

A-1031 Wien,  
Radetzkystraße 2  
Tel. (0222) 711 58  
Teletex: 322 15 64 BKAG  
DVR: 0000019

GZ 70.960/3-VII/9/89

An das  
Bundesministerium für  
Land- und Forstwirtschaft

Stubenring 1  
1011 Wien

**Sachbearbeiter**

Faszbinder

**Klappe/Dw**

4135

**Ihre GZ/vom**

Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem  
das Bundesgesetz über die landwirt-  
schaftlichen Bundesanstalten, das  
Düngemittelgesetz, das Weingesetz 1985  
und die als Bundesgesetz in Geltung  
stehende Weinverordnung geändert  
werden;  
Einleitung des Begutachtungsverfahrens

Bezugnehmend auf das do. Schreiben vom 28. Feber 1989, Zl.  
11.043/02-I 1/89, nimmt das Bundeskanzleramt - Sektion VII  
zum gegenständlichen Gesetzesentwurf wie folgt Stellung:

Zu Artikel I, Punkt 6:

§ 25 Abs. 3 Zi 2:

Es läßt sich nicht entnehmen, worauf Verfahren der land-  
wirtschaftlichen Produktion geprüft werden sollen. An-  
stelle von "Prüfung von ...." wird die Formulierung  
"Begutachtung von ...." vorgeschlagen.

§ 25 Abs. 3 Zi 3:

Es ist unklar, welcher sprachliche Unterschied zwischen  
"Prüfung" und "Untersuchung" bzw. zwischen "Prüfung" und

- 2 -

"Kontrolle" besteht. Weiters ist in Frage zu stellen, warum die landwirtschaftliche Bundesanstalt auch für die Begutachtung von Fruchtsäften und Spirituosen zuständig sein soll. Fruchtsäfte und Spirituosen fallen unter den Lebensmittelbegriff des Lebensmittelgesetzes 1975 und sind daher von den Lebensmitteluntersuchungsanstalten zu beurteilen. Es ist jedenfalls unklar, welche Begutachtung dieser Produkte im Unterschied zu Wein durchgeführt werden soll. Weiters sollte gestgelegt werden, in welcher Weise repräsentative Proben an die Landwirtschaftliche Bundesanstalt gelangen (freiwillig oder auch amtlich). Dabei stellt sich die Frage, wer die amtlichen Proben zieht und ob der Verantwortliche die Probennahme zu dulden hat.

Zu Artikel I, Punkt 8:

§ 25 a:

Es wird vorgeschlagen, die Überschrift in "... Agrarbiologie und Agraranalytik" zu ändern.

§ 25 a Abs. 3 Zi 3:

Hier fehlt eine Erläuterung, was unter "Sekundärprodukten" zu verstehen ist.

Zu Artikel I, Punkt 9:

§ 25 b Abs. 3 Zi 2:

Bei den Sekundärprodukten wird ein neuer Begriff der "Alternativgetränke" eingeführt ohne zu definieren, was darunter zu verstehen ist.

Zu Artikel III, Punkt 2:

§ 9 Abs. 1 Zi 3:

Es sollte lauten: "Bundesanstalt für Lebensmittelunter-  
suchung und -forschung in Wien, Bundesanstalten für  
Lebensmitteluntersuchung in Linz, Graz und Innsbruck"

§ 9 Abs. 1 Zi 4:

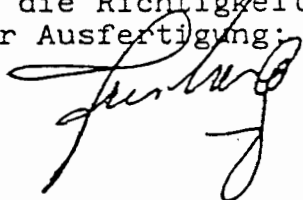
Es sollte lauten: "die Höhere Bundeslehr- und Versuchs-  
anstalt für Wein- und Obstbau in Klosterneuburg mit  
Institut für Bienenkunde."

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme wurden dem Präsidium  
des Nationalrates zugeleitet.

13. April 1989

Für den Bundesminister  
für Gesundheit und öffentlicher Dienst:  
B o b e k

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. J. ...', written over the text 'Für die Richtigkeit der Ausfertigung:'.